

Belehrung über / nach § 49 b Abs. 5 BRAO

In Sachen: PR-Nr.:

wegen:

wurde

Herr Rechtsanwalt Ernst-Peter Köster,
Kanzleisitz: Veerßer Str. 64,29525 Uelzen

- Rechtsanwalt -

von

.....
(Vorname, Name; Anschrift)

-Auftraggeber -

mit der anwaltlichen Interessenwahrnehmung beauftragt.

Der Auftraggeber wurde im Rahmen der Auftragserteilung von dem Rechtsanwalt auf die Vorschrift des § 49b Abs. 5 BRAO hingewiesen. Diese lautet:

„Richten sich die zu erhebenden Gebühren nach dem Gegenstandswert, hat der Rechtsanwalt vor Übernahme des Auftrags hierauf hinzuweisen.“

Der Auftraggeber ist sich somit darüber bewusst, dass in dem von ihm erteilten Mandat weder Betragsrahmen- noch Festgebühren der anwaltlichen Vergütungsberechnung zugrunde zu legen sind.

Der Auftraggeber bestätigt mit seiner Unterschrift die vorgenannte Belehrung.

Uelzen, den

.....
Unterschrift Auftraggeber / ggf. gesetzlicher Vertreter

§ 49b BRAO - Vergütung

(1) Es ist unzulässig, geringere Gebühren und Auslagen zu vereinbaren oder zu fordern, als das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vorsieht, soweit dieses nichts anderes bestimmt. Im Einzelfall darf der Rechtsanwalt besonderen Umständen in der Person des Auftraggebers, insbesondere dessen Bedürftigkeit, Rechnung tragen durch Ermäßigung oder Erlass von Gebühren oder Auslagen nach Erledigung des Auftrags.

(2) Vereinbarungen, durch die eine Vergütung oder ihre Höhe vom Ausgang der Sache oder vom Erfolg der anwaltlichen Tätigkeit abhängig gemacht wird (Erfolgshonorar) oder nach denen der Rechtsanwalt einen Teil des erstrittenen Betrags als Honorar erhält (quota litis), sind unzulässig. Ein Erfolgshonorar im Sinne des Satz 1 liegt nicht vor, wenn nur die Erhöhung von gesetzlichen Gebühren vereinbart wird.

(3) Die Abgabe und Entgegennahme eines Teils der Gebühren oder sonstiger Vorteile für die Vermittlung von Aufträgen, gleichviel ob im Verhältnis zu einem Rechtsanwalt oder Dritten gleich welcher Art, ist unzulässig. Zulässig ist es jedoch, eine über den Rahmen der Nummer 3400 der Anlage 1 zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) hinausgehende Tätigkeit eines anderen Rechtsanwalts angemessen zu honorieren. Die Honorierung der Leistungen hat der Verantwortlichkeit sowie dem Haftungsrisiko der beteiligten Rechtsanwälte und den sonstigen Umständen Rechnung zu tragen. Die Vereinbarung einer solchen Honorierung darf nicht zur Voraussetzung einer Mandatserteilung gemacht werden. Mehrere beauftragte Rechtsanwälte dürfen einen Auftrag gemeinsam bearbeiten und die Gebühren in einem den Leistungen, der Verantwortlichkeit und dem Haftungsrisiko entsprechenden angemessenen Verhältnis untereinander teilen. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht für beim Bundesgerichtshof und beim Oberlandesgericht ausschließlich zugelassene Prozessbevollmächtigte.

(4) Der Rechtsanwalt, der eine Gebührenforderung erwirbt, ist in gleicher Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet, wie der beauftragte Rechtsanwalt. Die Abtretung von Gebührenforderungen oder die Übertragung ihrer Einziehung an einen nicht als Rechtsanwalt zugelassenen Dritten ist unzulässig, es sei denn, die Forderung ist rechtskräftig festgestellt, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen und der Rechtsanwalt hat die ausdrückliche, schriftliche Einwilligung des Mandanten eingeholt.

(5) Richten sich die zu erhebenden Gebühren nach dem Gegenstandswert, hat der Rechtsanwalt vor Übernahme des Auftrags hierauf hinzuweisen.

Fußnote:

§ 49b: eingefügt durch Art. 1 Nr. 19 nach Maßgabe d. Art. 21 G. v. 02.09.1994 I 2278 (RPNeuOG) mWv 09.09.1994

§ 49b Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 4 Abs. 18 Nr. 1 Buchst. a G. v. 05.05.2004 I 718 mWv. 01.07.2004

§ 49b Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 4 Abs. 18 Nr. 1 Buchst. b G. v. 05.05.2004 I 718 mWv. 01.07.2004

§ 49b Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 4 Abs. 18 Nr. 1 Buchst. c G. v. 05.05.2004 I 718 mWv. 01.07.2004

§ 49b Abs. 5: Eingef. durch Art. 4 Abs. 18 Nr. 1 Buchst. d G. v. 05.05.2004 I 718 mWv. 01.07.2004